№ 30
B 15

Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 18. Januar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

30 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil.): Jul. Elbau, Berlin. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhof 3600—3668; für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Unsicherheit in Frankreich.

Wo kommt die Kabinettskrise zuerst?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 18. Januar.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs beginnt sich in diesen Tagen doch die Erkenntnis durchzuringen, daß es sich bei der Ruhraktion nicht um einen mühelosen Sieg handelt, den man bereits in der Tasche hatte, als man einmarschierte, sondern um eine Kraft- und Nervenprobe. Es ist kennzeichnend für die Stimmung, daß man mit wachsender Ungeduld nach Symptomen einer zeitlich nicht allzu fernen Entspannung Ausschau hält. Natürlich hofft man, daß diese Entspannung durch einen Zusammenbruch des deutschen Widerstandswillens erfolgen, also mindestens äußerlich zu einem Triumphe Frankreichs führen werde. Im Zusammenhange damit wartet man ungeduldig auf eine Regierungskrise in Deutschland. Poincaré soll gestern abend geäußert haben, Herr Cuno werde nur dann an der Spitze der deutschen Regierung bleiben können, wenn der französische Plan vollkommen scheitere.

Indessen denkt man — und die „Journée industrielle" spricht dies in ihrem heutigen Leitartikel ganz offen aus — auch an die Möglichkeit einer Kabinettskrise in Paris. Eine deutsche Regierungskrise, so erklärt das Blatt, müßte in Frankreich mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden, weil sie „vermutlich ein äußerstes Manöver zur Entwaffnung Frankreichs und zur Herbeiführung einer ausländischen Intervention" wäre. Die Stellung des Kabinetts Poincaré sei im Augenblicke nicht geschwächt. Aber es gebe auch „unvorhergesehene Möglichkeiten". Im Hinblicke auf diese unvorhergesehenen Möglichkeiten schlägt das Blatt vor, die Leitung der Aktion im Ruhrgebiete dem Ministerium zu entziehen und einem besonderen „technischen Generalstab" zu übertragen, dessen Bildung es bereits gestern angeregt hat und dessen Tätigkeit von parteilosen oder vollständigen Regierungskrisen unberührt bliebe. Vermutlich möchte die „Journée industrielle" durch diesen Generalstab den unmittelbaren Einfluß der Schwerindustrie auf die Ruhraktion verstärken. Außerdem sind aber die Krisenmöglichkeiten in Wahrheit gar nicht so „unvorhergesehen". Die Stellung des Finanzministers de Lasteyrie gilt, wegen der Opposition gegen den von ihm beantragten Steueraufschlag, für stark erschüttert, und gestern abend hieß es bereits, der Minister sei nach einer Protesterklärung der rechtsrepublikanischen Kammerfraktion zurückgetreten. Dies Gerücht wurde inzwischen dementiert, aber es ist Tatsache, daß der Rücktritt de Lasteyries, der bei der Vorbereitung der Ruhraktion eine große Rolle gespielt hat, von vielen Parlamentariern gewünscht wird.

Der Justizminister Colrat hielt gestern abend bei einem Essen in Versailles eine Propagandarede, in der er u. a. ausführte: „Frankreich hat eine schwierige Lage zu überstehen. Wir dürfen weder pessimistisch noch optimistisch sein. Wir sind nicht zu unserem Vergnügen in das Ruhrgebiet gegangen, sondern wir waren dazu gezwungen (!), weil Frankreich auf die Rechte der Reparationen, die Deutschland ihm vorenthalten will, nicht verzichten kann. Bleiben wir geeint. Frankreich muß recht behalten und muß der Welt beweisen, daß es recht hat."

Wie Havas berichtet, wird sich die Reparationskommission am Sonnabend mit der Prüfung der deutschen Note vom 14. November 1922, betreffend die Reparationszahlungen für das Jahr 1923, beschäftigen.

Die neue Folter.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 18. Januar.

Der französische Botschafter in London hatte gestern eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Bonar Law. Er hatte den Auftrag der englischen Regierung, über die weiteren Sanktionspläne Frankreichs und Belgiens Aufklärung zu geben.

Inzwischen wendet sich die Stimmung in England immer deutlicher gegen ein vollständiges Gewährenlassen der Franzosen. Die Vollversammlung der englischen Handelskammern faßte gestern auf Grund eines einstimmigen Vorstandsantrages eine Entschließung, in der für Deutschland Gewährung eines Moratoriums, Festsetzung der Reparationssumme und der Abbau der alten und der neuen Besetzung gefordert wird.

Die „Daily Chronicle" wendet sich in einem außerordentlich scharfen Leitartikel gegen die französische Militärpolitik an der Ruhr. Das Blatt schreibt: „**Die Zeiten seien vorbei, wo eine zivilisierte Regierung aus einem reichen Manne seine Reichtümer mit der Folter herauspressen könne.** Welche Befugnisse hätten die französischen Militärbehörden, Privatpersonen zu verhaften und das Eigentum deutscher Bürger mit Beschlag zu belegen?" Das Blatt legt den Franzosen nahe, Englands Vermittlung anzurufen, um aus der unhaltbaren Lage im Industriegebiet ohne allzugroßen Schaden herauszukommen.

In Northingham hielt gestern abend Lord Henry Cavendisch Bentinck, unionistisches Mitglied des Parlaments, eine Rede und erklärte, daß Frankreich die englischen Hoffnungen auf einen europäischen Wiederaufbau vernichtet habe. Er prophezeite, daß das französische Vorrücken im Ruhrgebiet ein Unglück für Deutschland, für Frankreich selbst und für den ganzen europäischen Handel sein werde. Er warf die Frage auf, ob es notwendig sei, die Entente cordiale fortzusetzen.

Bei einer Nachwahl im Unterhause ist der englische Gewerkschaftsführer Henderson mit 11 066 Stimmen ins Unterhaus gewählt worden. Seine Gegenkandidaten erhielten jeder rund 6000 Stimmen.

Kohlenrequisitionen auf dem Rhein.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Essen**, 18. Januar.

Die Kohlenrequisitionen in der Rheinschiffahrt durch die französischen Besatzungsbehörden haben im Laufe des heutigen Tages größeren Umfang angenommen, nachdem gestern abend zunächst nur die Kohlenladung eines einzelnen Kahnes requiriert worden war.

Im Laufe des Vormittags haben die Franzosen, wie wir weiter erfahren, eine ganze Anzahl weiterer Schiffsladungen Kohlen beschlagnahmt und den Schiffern aufgegeben, für neue Schiffspapiere ausstellen zu lassen, wonach die beladenen Kähne anstatt nach ihrem ursprünglichen Bestimmungsort nach Straßburg gehen sollen.

Diese Maßnahme der Franzosen wird notwendig zum gänzlichen Stillstand des Kohlentransportes auf dem Rhein führen, da sich die Kohlenverfrachter nicht der Gefahr der Beschlagnahme ihrer Kohlensendungen aussetzen und daher die Kohlenverschiffung einstellen werden.

Der Kohlenversand auf der Eisenbahn war gestern etwas größer als in den letzten Tagen. Die Zechen hatten etwa 2000 Wagen mehr angeboten. Gestellt wurden für den Brennstoffversand 21 400 Wagen. Die Kohlentransporte gingen an die von den Zechen angegebenen Adressen. Reparationslieferungen erfolgten auch gestern nicht. Ueber die Möglichkeit der Durchführung der von den Franzosen angeblich geplanten Beschlagnahme aller leeren Eisenbahnwagen im Ruhrgebiet kann man sich in Verkehrsfachkreisen überhaupt kein Bild machen. Jeder Versuch nach dieser Richtung kann nur den einen sicheren Erfolg haben, den ganzen Eisenbahnverkehr des Ruhrbezirks durcheinander zu bringen und eine kaum wieder zu entwirrende Unordnung zu schaffen.

Das französische Kommando hat gestern Gewerkschaftsvertreter der Eisenbahnerverbände des Ruhrbezirks zu einer Besprechung im Essener Direktionsgebäude eingeladen. Ein französischer Oberst, der die Eisenbahner aufforderte, ihre Arbeit ruhig weiter zu verrichten, erwiderte auf den einhelligen Protest der Gewerkschaftsvertreter gegen die Rechtsgrundlage des französischen Vorgehens, er sei nur ein Militär, „darauf könne er nicht antworten". Als ein deutscher Gewerkschaftsvertreter sich nach der Handhabung des Streikrechtes erkundigte, erklärte derselbe Oberst: „Streiks werden nicht geduldet".

Herr Krupp von Bohlen und Halbach hat sich gestern nach Berlin begeben, um mit der amtlichen Zentralstelle die Lage im Ruhrgebiet zu besprechen und wegen des Lohnproblems mit dem Reichsbanpräsidenten Fühlung zu nehmen.

* **Dortmund**, 18. Januar.

Heute vormittag wurde der französische Vormarsch über Dortmund hinaus in der Richtung auf Hamm fortgesetzt. Ein Transport von 30 Tanks, der gestern durch die Hauptstraßen der Stadt geführt wurde, ging nach Dorstfeld, einem Vorort Dortmunds.

* **Karlsruhe**, 18. Januar.

Heute vormittag machte Staatspräsident Remmele in der Sitzung des badischen Landtages die Mitteilung, daß vor der Einfahrt in den Karlsruher Rheinhafen auf dem Rhein bei Maxau französische bewaffnete Soldaten mit vorgehaltenem Revolver die Schiffsbesatzung gezwungen haben, das Schiff linksrheinisch anzulegen. Es handelt sich um das Schiff „Klara Nieten" von der Kohlengroßhandlung Nieten u. Co., Karlsruhe. Das Schiff ist mit 600 Tonnen Kohlen und Koks geladen, die für Karlsruher Kohlenfirmen bestimmt sind. Wie wir erfahren, soll das Kohlenschiff auf französisches Gebiet nach Lauterburg verbracht worden sein.

„Produktive" Okkupation.

Die französische Regierung hat, als sie uns und der Welt ihren Entschluß mitteilte, gegen ein Land, mit dem sie sich im Friedenszustande befindet und dem ein unter Beteiligung und Mitverantwortung Frankreichs diktierter Friedensvertrag jede Möglichkeit bewaffneter Abwehr geraubt hat, kriegerische Operationen zu eröffnen — die französische Regierung hat also in jenem Augenblick zu leugnen versucht, daß es sich bei ihrer „Aktion" um eine kriegsmäßige Besetzung fremden Staatsgebiets handle, und sie hält an diesem Verschleierungsversuch wohl auch noch heute fest. Aber alle Zeitungsleser der ganzen Welt wissen, daß die Tatsachen ihre Behauptungen vollkommen Lügen strafen, und jedermann sieht, daß bei der Durchführung des Ruhrunternehmens die typischen Züge kriegerischer Okkupation mit jedem Tage klarer und eindeutiger hervortreten. Die innere Logik der Dinge läßt sich mit juristischen Spitzfindigkeiten nicht hinwegdisputieren. Als man eine ganze Invasionsarmee in das Gebiet schickte, das nach dem Friedensvertrage kein fremdes Bataillon betreten darf, leitete man eine unzweideutige kriegsmäßige Okkupation ein —, auch wenn man das Gegenteil verkündete, ja, sogar wenn man in sonderbarer Verkennung des eigenen Handelns und seiner unausbleiblichen Folgen das Gegenteil wollte.

Die Ruhrbevölkerung durchlebt in diesen Wochen mit unerbittlicher Folgerichtigkeit Schritt für Schritt und Stufe um Stufe all das, was im großen Kriege die Bevölkerungen der Länder erfahren und durchgemacht haben, die von den vorstoßenden Heeren der kriegführenden Mächte überrannt und okkupiert wurden. Im Weltkriege haben, wie man weiß, vor allem deutsche Armeen fremdes Territorium besetzt gehalten, und es liegt nahe, die Vorgänge und die Entwicklungen, die während der Kriegszeit beispielsweise in Belgien zu beobachten waren, mit dem zu vergleichen, was sich jetzt an der Ruhr ereignet. Die Aehnlichkeit ist im Sachlichen, im Psychologischen — wieder einmal zeigt sich, daß die Generalspsychologie in allen Ländern dieselbe ist — und in den reinen Aeußerlichkeiten schon heute sehr groß, und sie wird noch viel größer werden, wenn die Besetzung erst einige Wochen gedauert und sich „eingelebt" hat. Nur daß eben damals Krieg war, während jetzt Frieden sein soll . . .

Darin liegt nicht nur moralisch, nicht bloß vom Standpunkt des Opfers ein großer, ja ein entscheidender Unterschied. Okkupation im Kriege hatte in der Hauptsache niemals wirtschaftlichen oder finanziellen, sondern stets nur militärischen Zweck. Sie diente, wie jede Kriegshandlung im Hinterlande, der Sicherung der Front und wie jede Kriegshandlung überhaupt der Vorbereitung und Sicherstellung des militärischen Enderfolges. Wirtschaftliche und finanzielle Nebenziele wurden in der Propaganda oft in den Vordergrund geschoben, spielten aber in Wahrheit nie eine ausschlaggebende Rolle. In unserer amtlichen Kriegspublizistik hat man aus naheliegenden Gründen wiederholt den Nachweis zu führen versucht, daß wir die wirtschaftliche Produktivität der von uns besetzten Gebiete zum Vorteil unserer eigenen Kriegführung und der Versorgung unseres eigenen Landes bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt, da und dort sogar noch über das Vorkriegsmaß hinaus gesteigert hätten. In Wahrheit ist uns das, im großen betrachtet, während der ganzen Kriegsdauer niemals und nirgends gelungen. Aber für das entscheidende militärische Ziel der Besetzung war das schließlich auch gleichgiltig. Wir haben nicht okkupiert, um Einnahmen zu erzielen, um uns finanziell zu stärken, sondern wir wußten ganz genau, daß Okkupation Geld kostet, wie der ganze Krieg sehr viel Geld kostet. Wenn an dieser oder jener Stelle Einnahmen oder Versorgungsüberschüsse — die letzteren fast nie aus dem Ertrag der Produktivität, sondern meist aus dem vorhandenen Güterbestande des okkupierten Landes — abfielen, so war das eine sehr erwünschte Begleiterscheinung, aber niemand sah darin im Ernst den Sinn der Okkupation.

Bei der Besetzung im „Frieden", die Frankreich soeben durchgeführt hat, ist keine militärische Front und kein militärischer Endsieg zu erhoffen. Der Zweck der Okkupation muß vielmehr — und das geschieht ja auch in der Tat — der öffentlichen Meinung des okkupierenden Landes als rein wirtschaftlich und rein finanziell dargestellt werden. Man muß der Masse des französischen Publikums erzählen, daß man an die Ruhr marschiert ist, um Kohle und Geld zu holen, weil man ihm nicht eingestehen kann, daß man weder das eine noch das andere zu bekommen erhofft, sondern die ganze Aktion im wesentlichen unternommen hat, um die deutsche Montanindustrie in die Vasallität der französischen Schwerindustrie zu zwingen. Für dieses hehre Ziel hätte die überwiegende Mehrheit der französischen Bevölkerung ebenso wenig Verständnis wie die Majorität der Deutungen Kriegshandlungen verstanden und gebilligt hätte, die lediglich den Interessen der Schwerindustrie gedient hätten und lediglich mit diesen Interessen begründet worden wären.

Was also bei der Okkupation im Kriege Nebensache war und auch von aller Welt als Nebensache betrachtet wurde, ist bei der gegenwärtigen Besetzung die einzige ernsthafte und willig anerkannte Rechtfertigung des Vorgehens vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes. Diese öffentliche Meinung wartet mit Ungeduld auf den fühlbaren, nachweisbaren materiellen Erfolg der Invasion. Bleibt dieser Erfolg